

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

29.04.2019 16:15 Uhr
Bürgersprechstunde Leichlingen, Bürgerbüro

21.05.2019 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Rösrath, Bürgermeisterbüro

11.06.2019 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Ordenthal, Rathaus Trauzimmer

03.07.2019 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Bergisch Gladbach, CDU-Center

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon
(030) 227 - 7 95 47

Fax
(030) 227 - 7 05 48

E-Mail
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage
www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon
(02202) 9 36 95-30

Fax
(02202) 9 36 95-22

E-Mail
hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Newsletter möchte ich Ihnen gerne die relevanten Themen der vergangenen Wochen vorstellen.

Unlängst hat unser Bundesinnenminister Horst Seehofer die neue Kriminalitätsstatistik vorgestellt. Auf die in ihr genannten, positiven Zahlen möchte ich eingehen.

Die NATO feierte vergangene Woche ihr 70-jähriges Jubiläum. Diesem bedeutenden Ereignis wurde zu Recht mit einem eigenen Festakt gedacht. Dem Anlass gemäß möchte auch ich die große Bedeutung der NATO würdigen.

Ein weiteres wichtiges Thema, das diese Woche im Plenum beraten worden ist, behandelt die Ausweitung pränataler Tests und die Frage, inwieweit die für sie anfallenden Kosten von den Krankenkassen übernommen werden sollen. Zu Recht verlangt diese komplexe Fragestellung unsere Aufmerksamkeit und diese werden wir ihr in den kommenden parlamentarischen Debatten auch zuteilwerden lassen.

Ganz aktuell möchte ich auch Bezug nehmen auf die Debatte zu der Bewegung, die Enteignungen von Wohnimmobilien befürwortet. Hier

Kriminalstatistik

Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Es freut mich daher sehr, dass auch in diesem Jahr wiederholt die Kriminalitätsrate gesunken ist. Die Gesamtzahl der gemeldeten Straftaten ist um 3,6 % auf 5,5 Millionen gefallen. Das ist zweifellos noch immer eine hohe Zahl, in Relation zu den Vorjahren stellt dies jedoch eine signifikante Verbesserung dar. Besonders erwähnenswert erscheint mir insoweit die Zahl der Wohnungseinbrüche. Diese sind 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 um 16,3 % zurückgegangen. Das ist Ausdruck einer konsequenten, von uns als Union maßgeblich betriebenen, vorausschauenden Innenpolitik und Resultat der erfolgreichen Arbeit vor Ort. Wir haben nicht nur die Strafrahmen des Wohnungseinbruchdiebstahls und des Tatbestands „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ erhöht, sondern auch die Anzahl an neuen Polizistinnen und Polizisten gerade bei der Bundespolizei maßgeblich ausgeweitet. Darüber hinaus haben wir mit dem unlängst beschlossenen Pakt für den Rechtsstaat auch in der Judikative für ein bemerkenswertes Stellenwachstum gesorgt.

vertreten wir als Unionsfraktion eine dezidiert andere Sichtweise. Wie bereits in meinem letzten Newsletter angekündigt, möchte ich auch in dieser Ausgabe das Thema Europa aufgreifen. Dieses Mal möchte ich den Fokus auf die nunmehr zu Ende gehende Legislaturperiode legen und Bilanz ziehen.

Abschließend wünsche ich Ihnen eine ruhige sowie besinnliche Karwoche und sodann frohe Ostertage im Kreise Ihrer Familie. Möge die mit diesem wichtigsten christlichen Fest verbundene Freude auch bei Ihnen gegenwärtig werden.

Herzliche Grüße
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Nichtsdestotrotz bleibt auch in den kommenden Jahren einiges zu tun, damit Deutschland ein so sicheres Land bleibt.

Ganz besonders freut mich natürlich, dass auch im Rheinisch-Bergischen Kreis die Zahlen so gut ausgefallen sind, sogar nochmals deutlich besser als im Bundesdurchschnitt. Die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten pro 100.000 Einwohner ist von 13.573 auf 12.203 gesunken. Das ist eine Reduktion in Höhe von über 10 % und das zeigt die beachtliche Leistung unserer Polizei- und Kriminalbehörden in unserem Kreis. Dafür gehört allen Polizistinnen und Polizisten unser Dank für ihre tägliche Arbeit. Im Zuge dessen möchte ich gerne auf den Tag der offenen Tür unserer Kreispolizeibehörde hinweisen. Dieser findet am Samstag, den 22. Juni 2019, von 11:00 bis 17:00 Uhr in Bergisch Gladbach statt und bietet meiner Meinung nach eine gute Möglichkeit, um sich umfassend über die vielfältige Arbeit direkt vor Ort zu informieren.

70 Jahre Nato

Mit einem Festakt in Washington wurde vergangene Woche das feierliche Jubiläum anlässlich des 70-jährigen Bestehens der NATO begangen. Wer hätte 1949 gedacht, dass sich dieses Verteidigungsbündnis über sieben Jahrzehnte halten und so eindrucksvoll etablieren würde. Die North Atlantic Treaty Organisation wurde maßgeblich auf Initiative der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gegründet. Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1955 in den Kreis der Bündnisstaaten aufgenommen. Nur zehn Jahre nach Ende des katastrophalen 2. Weltkriegs ist das umso beachtlicher und zeigt die große außenpolitische Leistung Konrad Adenauers in Form der Westintegration.

Die NATO ist und bleibt für Deutschland das wesentliche Verteidigungsbündnis. Deutschland muss jedoch auch weiterhin seinen gerechten Anteil an diesem Bündnis tragen und dementsprechend bestmöglich die getätigten Zusagen einhalten. Es ist daher nur konsequent, dass wir unsere Bundeswehr gerecht und umfänglich ausstatten. Wir brauchen einsatzfähiges Material und müssen auch die digitalen Kompetenzen der Bundeswehr schrittweise aufbauen. Mehrausgaben im Verteidigungsbereich dienen einzig der Herstellung äußerer Sicherheit. Auch in Zukunft wird die NATO als System kollektiver Sicherheit für Deutschlands Verteidigung unverzichtbar sein.

Vorgeburtliche Gentests

Diese Woche stand auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages eine Orientierungsdebatte um vorgeburtliche Gentests. Dieser Debatte lagen keine konkreten Gesetzesvorlagen zugrunde. Sie diente vielmehr dem erstmaligen Diskurs über nichtinvasive Bluttests zur Diagnose von Trisomien wie etwa dem Down-Syndrom.

In der vergangenen Sitzungswoche haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits eine fraktionsoffene Sitzung zu dieser Thematik abgehalten. Ich finde es gut und wichtig, dass wir über dieses kontroverse sowie komplexe Thema offen und gleichwohl angemessen diskutieren.

Derzeit steht in Frage, ob vorgeburtliche Gentests bei Risikoschwangerschaften auch als Kassenleistung eingestuft werden sollen. Befürworter dieser Anerkennung sehen darin lediglich eine Fortsetzung der ohnehin schon bestehenden Praxis bei Fruchtwasseruntersuchungen. Diese sind zwar deutlich gefährlicher als die derzeit in Rede stehenden Gentests, da sie mit einer Fehlgeburt verbunden sein können, aber sie werden dennoch von den Kassen übernommen. Unterstützer der Anerkennung werfen den Gegnern vor, Frauen auf die gefährlichere Variante der diagnostischen Früherkennung zu beschränken und damit die Anzahl der Untersuchungen bewusst klein zu halten. Auch sehen sie eine gefährliche gesellschaftliche Verwerfung darin, dass die Durchführung der Gentests bereits heute schon möglich ist,

also dementsprechend die monetäre Ausstattung der werdenden Eltern maßgeblich für die Entscheidung sein könnte, welcher Gentest, wenn überhaupt ein solcher zur Anwendung kommt, durchgeführt werden kann.

Gegner der Anerkennung sehen darin eine Ausweitung der bisherigen Praxis und einen gefährlichen Schritt hin zu einer immer technik-orientierteren Menschwerdung. Gerade diese stehe jedoch im Widerspruch zum unplanbaren Geschenk des Lebens. Gegner der Rechtsänderung fürchten zudem, dass behindertes Leben womöglich allzu leicht als verhin-derbar eingestuft werden wird und damit die Stigmatisierung intensiviert werden könnte. So könnten Eltern womöglich nicht mehr frei entscheiden. Die Kritiker befürchten mithin einen signifikanten Anstieg der Abtreibungszahlen. Die Debatte ist damit noch keineswegs beendet. Im Übrigen bin ich mir sicher, dass es in den kommenden Jahren bedingt durch den medizinisch-technischen Fortschritt vermehrt zu entsprechenden Debatten kommen wird. Wir müssen diese offen, aber auch mit einem klaren ethischen Kompass führen. Für mich ist dabei das christliche Menschenbild maßgeblich und auch Ihre Meinung wichtig, wie wir einerseits dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen/werdenden Eltern gerecht werden, aber andererseits dem Geschenk des Lebens unmissverständlich positiv begegnen.

Zitat des Monats:

„Nimm dir Zeit freundlich zu sein- das ist der Weg zum Glück.“

– Nach einem alten irischen Gebet

Enteignungsdebatte

Vor dem Hintergrund der Wohnungsnot formiert sich derzeit in Berlin eine Basisbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, vermittelt über eine Volksinitiative Enteignungen von Wohnimmobilien zu erzwingen. Wir als Union lehnen dies nachdrücklich ab. Unsere Bundesrepublik ist von der sozialen Marktwirtschaft geprägt. Gerade diese kennzeichnet die Einheit von Risiko und Haftung sowie der Grundsatz, dass jeder seine wirtschaftliche Prosperität eigenständig erarbeiten und auch behalten kann. Enteignungen fußend auf Art. 15 GG sind stets ultima ratio. Enteignungen konterkarieren nämlich diese Maximen und bewirken das Gegenteil: Sie nehmen privaten Initiativen den Anreiz, überhaupt im Baubereich tätig zu werden. Durch keine noch so umfängliche Enteignungskampagne entsteht irgendeine neue Wohnung. Die mit Enteignungen einhergehenden Entschädigungsverpflichtungen würden die Kommunen mit Milliardenmehrausgaben belasten, die dann im sozialen Wohnungsbau tatsächlich fehlen würden. Kurzum bieten Enteignungen keinen Mehrwert, sondern stellen einen nachteilhaften, überflüssigen und kontraproduktiven Eingriff in unsere soziale Marktwirtschaft dar. Die Demonstrierenden machen jedoch zu Recht darauf aufmerksam, dass die

Politik den Wohnungsbau noch stärker in den Blick nehmen muss.

Daher plädieren wir als Union auch für den Ausbau und die Fortentwicklung der vier zentralen Säulen einer effizienten Baupolitik: Wir brauchen erstens mehr Bauland und müssen darauf hinwirken, dass mehr Baufläche ausgewiesen wird. Zweitens muss das Bauen effizienter und effektiver werden. Daher sind Ansätze, wie sie derzeit im Berliner Senat diskutiert werden, die noch strengere Baurichtlinien vorsehen, kontraproduktiv. Drittens braucht es ausreichende Finanzmittel für entsprechende Bauvorhaben, sowohl in staatlicher als auch in privater Hand. Die von der Union angestoßene stärkere Förderung und die Einführung des Baukindergelds sind gute Beispiele dafür. Viertens dürfen wir auch nicht mit immer weiteren ordnungspolitischen Maßnahmen die Bautätigkeit überfrachten. Nur bei einem Zusammenspiel all dieser Maßnahmen können wir davon ausgehen, dass es in Zukunft eine gesteigerte Bautätigkeit geben wird.

Europa

Nun zu einem gänzlich anderen, aber gleichwohl ebenso wichtigen Themenfeld: Die Europäische Union ist 1957 entstanden in dem Glauben daran, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit auch persönliche Verbundenheit mit sich bringt und so die europäischen Nationen näher zusammenrücken. In der aktuellen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments haben sich die Wirtschaftsdaten bemerkenswert entwickelt. Die Wirtschaft ist auch im vergangenen Jahr im Euroraum über 2 % gewachsen. Über 12 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze sind geschaffen worden und die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit über zehn Jahren. Die öffentliche Neuverschuldung ist von 6 % im Jahre 2009 auf 1,1 % im Jahre 2017 gesunken und auch diejenigen Eurostaaten, die mit massiven Sparprogrammen zu kämpfen hatten, haben sich etwas stabilisiert.

Der Ausbau der europäischen Grenzagentur Frontex und eine bessere Steuerung der Zuwanderung in Europa haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Asylanträge in Deutschland in den letzten drei Jahren seit dem Höhepunkt der Flüchtlingssituation drastisch gesunken ist. In der nunmehr zu Ende gehenden Legislaturperiode hat die EU fast 2,5 Mrd. Euro für verbesserte EU-

Außengrenzkontrollen aufgewandt. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich erfolgreich, gegen teils heftige Widerstände von Sozialdemokraten und Grünen, für den Aufbau eines europäischen Einreise-/Ausreisensystems (EES) und eines EU-weiten Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) eingesetzt. So werden ab 2020 die Personendaten, Fingerabdrücke und Fotos aller Drittstaatsangehörigen beim Übertritt der EU-Außengrenzen mit dem EES abgeglichen und darin registriert. Europa als Wertegemeinschaft muss auch weiterhin die Verantwortung wahrnehmen für Menschen, die in Not geraten sind. Tragödien, wie sie sich im Mittelmeer darstellen, sind eine Katastrophe und Herausforderung zugleich. Zukünftig müssen die europäischen Staaten noch intensiver zusammenarbeiten.

Die weitreichende Freizügigkeit in Europa ist schon beinahe selbstverständlich geworden. Mit dem EU-weiten Entfall der Roaming-Gebühren konnte die Freiheit innerhalb der Europäischen Union auch auf ganz praktische Weise gestärkt werden. Ein Handyanruf aus dem europäischen Ausland ist nunmehr mit keinerlei Roaming-Gebühren verbunden. So kann bei dem Besuch von Freunden in Italien

im Urlaub in Kroatien oder bei einem Geschäfts-termin in Polen ohne zusätzliche Hürden kommuniziert werden. Auch das stärkt den europäischen Binnenmarkt und zeigt die Vorteile grenzüberschreitender Kooperation.

Mit der Datenschutzgrundverordnung wurde ein weltweit einzigartig hohes Maß an Datensicherheitsrecht etabliert. Nunmehr gilt das Recht auf Vergessenwerden und eine Datenverarbeitung kann nur noch auf ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person hin erfolgen. Datenschutzbestimmungen müssen in verständlicher und klarer Sprache abgefasst werden und für ein eventuelles Fehlverhalten können hohe Strafen verhängt werden, die bis zu 4 % des Jahresumsatzes von Konzernen betragen können. Mit dieser Regelung ist es für kein Unternehmen mehr rentabel, sich über dieses Reglement hinwegzusetzen. Dabei verkennen wir nicht, dass dadurch einige zusätzliche Belastungen vor Ort, aber auch bei Vereinen entstanden sind, die wir im parlamentarischen Verfahren bestmöglich nachjustieren wollen.

Die Bilanz der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist beachtlich. Aber in den kommenden Jahren werden weitere Anstrengungen nötig sein. Mit dem unmittelbar bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird ein wichtiger Nettozahler und ein bedeutender Teil des Binnenmarktes wegfallen. Die wirtschaftspolitischen Aussichten für die kommenden Jahre sind zudem kritisch zu betrachten. Der Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika und die sich abkühlende Weltwirtschaft stellen schwierige Herausforderungen dar. Den kommenden Newsletter, dem letzten vor den Europawahlen am 26. Mai 2019, werde ich daher zum Anlass nehmen, um auf die Bedeutung der Europawahlen hinzuweisen und die Inhalte des gemeinsamen Europawahlprogramms von CDU und CSU vorstellen.

Einblicke



Herzlichen Glückwunsch an den Vorstand der CDU Kürten zur Wiederwahl für den Vorsitzenden Sebastian Wurth



Parlamentarisches Frühstück der Arbeitsgruppe Verkehr und dem VDV



Besuch der Jungen Union RBK und der Polizeiwachen Gladbach, Burscheid und Overath (Foto: Bundesregierung / Atelier Schneider)